



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Dr. Horst Schnellhardt
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europa-Kommunal

Kommunale Nachrichten aus und für Europa
Mittwoch, 4. November 2009



1. Trinkwasserrichtlinie

Termin: 25.11.2009

Die Neufassung der Trinkwasserrichtlinie wird mit einer Online-Befragung vorbereitet. Die Kommunen sollen insbesondere ihre Erfahrungen mit Trinkwassersicherheitskonzepten und kleinen Wasserversorgungssystemen übermitteln. Mit dem sogenannten "Water Safety Plan" (WSP-Konzept) sollen die Risiken für die Trinkwasserqualität minimiert werden. In Deutschland ist nach Angaben des VKU der WSP-Ansatz bereits in der kommunalen Wasserversorgung umgesetzt. Mit der Neufassung plant die EU-Kommission vor allem auch, die Berichtspflichten gemäß Artikel 13 der Richtlinie auf kleine Wasserversorgungssysteme auszuweiten. In einer Studie hierzu ist festgestellt worden, dass die in Europa bestehenden 65.000 kleinen Versorgungssysteme, die nicht unter die Berichterstattungspflicht der Richtlinie fallen, große Probleme bezüglich der Wasserqualität aufweisen. Der Schwellenwert in Artikel 13 Abs. 2 soll daher von 5.000 Personen auf 50 Personen gesenkt werden. Die Beantwortung im Rahmen der Online-Befragung kann bis 25.11.2009 in allen EU-Amtssprachen erfolgen. Zusätzlich haben die teilnehmenden Kommunen die Möglichkeit, weitere Informationen, Kommentare oder Vorschläge zu unterbreiten.

Der Online-Fragebogen (Englisch) unter

<http://www.selectsurvey.cor.europa.eu/corsur/TakeSurvey.asp?PageNumber=1&SurveyID=3KJ7p4MK7mlKG>

Eine deutsche Fassung des Online-Fragebogens unter

http://www.cor.europa.eu/COR_cms/ui/ViewDocument.aspx?contentid=673ac8fb-3af4-464d-b443-7a048773474e.

Weitere Informationen zur Revision der Trinkwasserrichtlinie (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/environment/water/water-drink/revision_en.html

2. Strafverfahren

Die Rechte der Beschuldigten in grenzüberschreitenden Strafverfahren sollen verbessert werden. Dafür hat sich das Parlament am 08.10.2009 ausgesprochen. Danach soll dem Beschuldigten ein Beschwerderecht, eine Mitsprache bei der Wahl des Verfahrensortes und ein Recht auf Übersetzung und Verdolmetschung in Strafverfahren eingeräumt werden. Damit könnte jeder EU-Bürger darauf vertrauen, dass ihm auch grenzüberschreitend grundlegende Verfahrensrechte zustehen, wenn er in einem anderen EU-Staat den Status eines Beschuldigten erlangt, z.B. nach einem Verkehrsunfall. Bereits wenige Tage nach der Parlamentsentscheidung – am 23.10. – haben sich die Justizminister der EU-Länder auf einen Rahmenbeschluss politisch geeinigt, der das Recht auf Übersetzung und Verdolmetschung in Strafverfahren garantiert. Damit werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, bei allen Vernehmungen, z. B. auf der Polizeiwache oder vor einem Staatsanwalt oder Richter, einen Dolmetscher auf Kosten des Staates zur Verfügung

zu stellen; auch entsprechende Verteidigergespräche müssen gedolmetscht werden. Darüber hinaus erhält der Beschuldigte eine Übersetzung der wesentlichen Unterlagen, wie z. B. des Haftbefehls oder der Anklageschrift. Der Rahmenbeschluss bedarf noch der Anhörung des Parlaments – bzw. der Zustimmung des Parlaments, sollte vor der Anhörung der Lissabon-Vertrag in Kraft getreten sein.

Zum Parlamentsbeschluss vom 08.10.2009 (Englisch) unter http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/019-61880-280-10-41-902-20091005IPR61879-07-10-2009-2009-false/default_de.htm

Zum Beschluss der Justizminister vom 23.10.2009 unter http://www.bmj.de/enid/144315254e2f5e7d5acf0f9463233c1b,1b1d596d6f6465092d09093a09636f6e5f6964092d0936323635/Pressestelle/Pressemitteilungen_58.html

3. CO2-arme Technologien

Die Kommunen sollen beim Einsatz CO2-armer Technologien Vorbild sein. Im Rahmen einer angekündigten EU-Initiative „Smart Cities“ sollen 25 bis 30 Städte bis 2020 als leuchtende Beispiele für Energieeffizienz ausgewählt und entsprechend gefördert werden. Die teilnehmenden Städte und Regionen müssen testen und demonstrieren, ob bzw. dass es möglich ist, eine 40%ige Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2020 durch nachhaltige Produktion, Verteilung und Nutzung von Energie zu erreichen. Bei dieser Vorreiterrolle im Bereich „Energieeffizienz“ geht es insbesondere um intelligente Energienetze, neuartige Gebäude und um Verkehrsmittel mit geringerem Kohlenstoffausstoß. „Smart Cities“ soll die Grundlage der europaweiten Einführung energieeffizienter Systeme schaffen. Die Initiative „Smart Cities“ ist Bestandteil des EU-Strategieplans für Energietechnologie. Auswahlkriterien gibt es bislang noch nicht.

Die Mitteilung der Kommission (dort unter 2.2, Seite 8) unter: http://ec.europa.eu/energy/technology/set_plan/doc/2009_comm_investing_development_low_carbon_technologies_de.pdf

Der SET-Plan unter: http://ec.europa.eu/energy/technology/set_plan/set_plan_en.htm

4. Online-Einkauf stockt

60% der grenzüberschreitenden Online-Bestellungen scheitern an den Anbietern. Dieses überraschende Ergebnis brachte eine verdeckte Studie der Kommission ans Tageslicht. Testkäufer aus der gesamten EU versuchten, 100 gängige Produkte – wie etwa Fotoapparate, CDs, Bücher und Kleider – von ausländischen Anbietern zu kaufen. Dabei tätigten sie mehr als 11 000 Bestellungen. In 60% der Fälle klappte es nicht, da der Händler das Produkt nicht in das Land des Verbrauchers liefert oder keine geeigneten Möglichkeiten für eine grenzüberschreitende Zahlung anbietet. Dabei fanden die Testkäufer in mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten mindestens 50% der Produkte auf einer ausländischen Webseite um 10% billiger (einschließlich der Lieferkosten). Die Kommission will nun das handelspolitische Regelwerk (Rückgabe, Schadensersatz, MWSt-Meldepflicht, Markenrechte) so vereinfachen, dass bei den Unternehmen das Interesse steigt, ihre Waren auch an Verbraucher in anderen Mitgliedstaaten zu liefern.

Die Pressemitteilung der Kommission unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1564&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Die Mitteilung vom 22.10.2009 (15 Seiten) über grenzüberschreitenden elektronischen Handelsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern unter:

http://ec.europa.eu/consumers/strategy/docs/COM_2009_0557_4_de.pdf

5. Digitales Kino

Termin 16.12.2009

Die Zukunft gehört dem digitalen Kino, kann aber wegen der damit verbundenen hohen Investitionen für ein Drittel des europäischen Kinos das Ende bedeuten. Von den 30.000 Filmtheatern in Europa sind bislang erst 2.428 Kinosäle auf Digitaltechnik umgestellt worden. Die digitale Technik führt zu einem radikalen Wandel in der Filmindustrie. So wird z.B. die Filmherstellung durch neue Kameras und neue Formate vereinfacht und der Vertrieb einer digitalen Filmkopie gegenüber herkömmlichen 35- mm-Filmrollen um bis zu zehnmal billiger. Angesichts der absehbaren Entwicklung geht es darum, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Daher soll mit neuen Geschäftsmodellen und öffentlichen Förderprogrammen die Entwicklung zum digitalen Kino gefördert werden. In einem Konsultationsverfahren befragt die Kommission alle Beteiligten nach ihren Erfahrungen, Bedürfnissen und Erwartungen im Hinblick auf die für die Zukunft des europäischen Kinos unumgängliche Digitalisierung. Auf der Grundlage der Antworten aus der öffentlichen Konsultation, die bis zum 16. Dezember 2009 läuft, wird die Kommission 2010 ihre Mitteilung über „Chancen und Herausforderungen für das europäische Kino im Digitalzeitalter“ fertig stellen.

Weitere Einzelheiten in der Pressemitteilung der Kommission vom 16.10. unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1534&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

6. Online- Musikvertrieb

Der Zugang zu Onlinemusik soll verbessert werden. Darauf haben sich Branchenführer der Musikindustrie in einem Gespräch mit der Wettbewerbskommissarin geeinigt. Der Markt für neue und innovativere Online-Musikangebote soll einem breiteren europäischen Publikum zur Verfügung gestellt und die Interessen der Urheber sichergestellt werden. Derzeit führen zersplitterte Urheberrechtsregeln zu weniger Auswahl und unterschiedlichen Preisen für Verbraucher je nach Herkunftsland. Das Europa-Magazin "EurActiv" geht davon aus, dass die Übereinkunft einen Aufschwung nationaler und weniger bekannter Künstlern fördert, da ihre Musik nun einfacher zu downloaden und wahrscheinlich weniger teuer sein wird. Erwartet wird auch, dass dieser Schritt die Macht der großen Musikkonzerne angreift und positive Auswirkungen im Kampf gegen Online-Piraterie haben wird.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1548&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europa-Magazin "EurActiv" unter

<http://www.euractiv.com/de/innovation/eu-abkommen-online-musik-fordert-machtgroen-konzerne-heraus/article-186602>

7. Bürokratieabbau

Die Kommission will die Bürokratiebelastung der Unternehmen bis 2012 um 25% verringern. Der Jahresbericht zum Fortschritt des Aktionsprogramms zur Reduzierung von Verwaltungslasten enthält nach Ansicht der Kommission sogar Entlastungsvorschläge um 33%. Dies wäre der Fall, wenn sämtliche Kommissionsvorschläge die Zustimmung von Rat und Parlament erhalten. Dann würde nach Ansicht der Kommission die Entlastung 40,4 Mrd. EUR betragen. Das gelte insbesondere für zwei Vorschläge, die zu Beginn dieses Jahres

vorgelegt wurden, von denen einer die elektronische Abrechnung bei der Mehrwertsteuer (e-Invoicing) erleichtern (Einsparung von 18 Mrd. EUR) und der andere im Bereich des Unternehmensrechts Kleinstbetriebe von der Anwendung der Rechnungslegungs-Richtlinien ausnehmen will.

Pressemitteilung der Kommission vom 22.10.2009 unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1562&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Beispiele (Englisch) unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/474&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Der Jahresbericht (Englisch 13 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/betterregulation/files/com_2009_544_main_en.pdf

8. Straßenverkehrssicherheit

Termin: 20.11.2009

Die Kommission arbeitet an einem Aktionsprogramm Straßenverkehrssicherheit 2011-2020. Zur Vorbereitung sind u.a. die Kommunen aufgerufen, sich per Internet-Konsultation an der Gestaltung des zukünftigen Aktionsprogramms zu beteiligen. Neben individuellen Einschätzungen zur Verkehrssicherheit in den einzelnen Regionen enthält der Fragebogen einen Abschnitt zur Ausgestaltung des künftigen Aktionsprogramms sowie zur Rolle der EU im Bereich der Verkehrssicherheit. Allgemeine Kommentare oder Anregungen aus dem Bereich der Straßenverkehrssicherheit sind ausdrücklich erwünscht. Die Konsultation (nur Englisch) endet am 20. November 2009.

Zum Fragebogen (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/transport/road_safety/consultations/2009_11_20_ersap_2011_2020_en.htm Fragebogen Questionnaire anklicken

Weitergehende Hinweise und Anregungen an folgende E-Mail-Adresse

TREN-ROAD-SAFETY-ACTION-PROGRAMME@ec.europa.eu

9. Säuglinge

Das Umfeld der Säuglinge soll sicherer werden. Dies soll durch strengere Vorschriften für insgesamt 25 Produkte wie Kinderbettzeug, Babyschlafsäcke und Kinderbettmatratzen erreicht werden. Nach Angaben der Kommission sterben Jahr für Jahr mehr Kinder an den Folgen von Unfällen, die durch Produkte für die Bettruhe verursacht werden, als durch andere für Kleinkinder bestimmte Artikel. Bei Kindern bis zu 4 Jahren gab es in der EU zwischen 2005 und 2007 insgesamt 17.000 Unfälle mit Kinderbetten und anderen zum Ruhen bestimmten Artikeln. Trotz der zahlreichen schweren Unfälle mit Kinderbettmatratzen, Bettnestchen, Hängewiegen, Kinderbettdecken und Babyschlafsäcken gibt es derzeit auf EU-Ebene keine Sicherheitsbestimmungen für diese Art von Produkten. Der Kommissionsentwurf wird dem Parlament und dem Rat zur Befassung übermittelt und dann von den Kommissaren an CEN mit dem Auftrag weiter geleitet, entsprechende neue Produktnormen auszuarbeiten; dies kann bis zu zwei Jahre in Anspruch nehmen.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1554&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Studie (Englisch) über die Sicherheit von Artikeln für Säuglinge und Kleinkinder unter

http://ec.europa.eu/consumers/safety/projects/ongoingprojects_en.htm#project_results

10. Kunsterziehung

Die Kommission hat eine Studie zum Stand der Kunsterziehung in der EU vorgelegt.

Es wird ein detailliertes Bild von Zielen, Organisation, außerschulischen Aktivitäten und Initiativen zur Entwicklung in der Schule aufgezeigt. Die auf Kunsterziehung verwendete Mindestunterrichtszeit ist der Studie zufolge relativ gering; am häufigsten in der Schule unterrichtet werden bildende Künste und Musik. Der Bericht enthält auch Informationen über die Notengebung und die Ausbildung von Lehrkräften im Kunstbereich. Druckexemplare der Studie sind auf Französisch und Englisch ab Dezember 2009 erhältlich. Die deutsche Übersetzung folgt später. Detaillierte Beschreibungen zu den einzelnen Ländern sollen demnächst verfügbar sein unter

www.eurydice.org

Die Pressemitteilung der Kommission vom 14.10 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1517&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Bericht (Englisch 106 Seiten) unter

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/113EN.pdf

11. Schulpartnerschaften

Das Auswärtige Amt fördert Schulpartnerschaften. Die erforderlichen Antragsformulare und Merkblätter für schulische Austauschbegegnungen im Kalenderjahr 2010 stehen ab 1. Dezember zur Verfügung. Das betrifft folgende Programme: "Schulen: Partner der Zukunft", den Austausch mit Israel und den Austausch mit den USA (German American Partnership Program), für Partnerschaften mit Schulen in Ost-, Mittelost- und Südosteuropa, in den Baltischen Staaten und Russland.

Weiteres unter:

<http://www.kmk-pad.org/de/schulpartnerschaften/>

12. Tourismus-Studie

In der Krise zeigt sich das Tourismusgewerbe stabil, bei einem steigenden Trend zum Heimaturlaub. Dies zeigt eine von der Kommission in Auftrag gegebene Studie. vom September 2009 zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Tourismusindustrie. Danach hatten von Januar bis September 2009 bereits 63% der Europäer eine Reise unternommen - nicht sehr viel weniger als im Vorjahreszeitraum, als dieser Wert bei 67% lag. Allerdings nahm in diesem Jahr die Zahl derjenigen um 10% zu, die ihren Urlaub in ihrem Heimatland verbrachten. Zugleich gaben fast 50% an, ihr Urlaubsbudget gekürzt zu haben. Wichtiger als nur der Preis sind für viele Touristen die Leistung, die sie für ihr Geld erhalten und die kulturelle Attraktivität ihres Reiseziels.

Die Studie (Englisch 202 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/document.cfm?action=display&doc_id=5257&use_rservice_id=1&request.id=0

Eine Zusammenfassung der Studie (Englisch 15 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/document.cfm?action=display&doc_id=5258&use_rservice_id=1&request.id=0

13. Banken-Insolvenz

Die Kommission arbeitet an einem europaweit harmonisierten Insolvenzrecht für Banken. Das berichtete die Financial Times Deutschland am 20.10.2009. Im Fall eines Zusammenbruchs sollen Geldhäuser, egal wie groß sie sind, nach einem grenzüberschreitend abgestimmten Plan abgewickelt werden – unter Schutz der Einlagen und möglichst ohne staatliche Milliarden, schreibt die «Financial Times Deutschland». In einem Fahrplan für grenzüberschreitendes Krisenmanagement bei Banken sind radikale Neuerungen für das Aufsichts- und Insolvenzrecht vorgesehen, damit sich Szenen wie in der Finanzkrise nicht wiederholen. So soll ein einziger nationaler Aufseher oder ein Insolvenzverwalter die Abwicklung der gesamten Gruppe steuern. Das könnte die nationalen Unterschiede im Insolvenzrecht aushebeln, da Aktionäre und Gläubiger bisher national verschiedene Rechte haben.

Bericht der "Financial Times Deutschland" (FTD) vom 20. Oktober 2009 unter <http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/ftd-eu-verlangt-notfallplan-fuerbanken-abwicklung/50025705.html>

14. Erbrecht

Grenzüberschreitendes Erben und Vererben soll in der Abwicklung vereinfacht werden. Diesem Ziel dient der Kommissionsentwurf einer Verordnung zu Fragen des europäischen Erbrechts. Der Entwurf enthält Regelungen zur gerichtlichen Zuständigkeit, zum anwendbaren Recht, zur gegenseitigen Anerkennung und Durchsetzung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden im Bereich des Erbrechts. Ein europäischer Erbschein soll Erben und Nachlassverwaltern überall in der EU den problemlosen Nachweis ihrer Rechtsstellung ermöglichen. Die Verordnung lässt das materielle Erbrecht und das Güter- und das Familienrecht der Mitgliedstaaten ebenso unberührt, wie die auf den Nachlass anwendbaren Steuervorschriften, die nach wie vor einzelstaatlichem Recht unterliegen. In der EU fallen jährlich 450 000 internationale Erbrechtsfälle an, bei denen es um ein geschätztes Vermögen von insgesamt mehr als 120 Mrd. € geht.

Die Pressemitteilung der Kommission unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1508&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

15. Erbschaft- und Vermögensteuern

Es gibt einen Überblick über die Erbschaft- und Vermögensteuern in den EU-Ländern, die vom wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages vorgelegt worden ist. Die Ausarbeitung gibt einen groben Überblick über die Existenz und die Ausgestaltung der Erbschaft- und Vermögensteuer sowohl in Deutschland und den anderen EU-Mitgliedstaaten als auch in Australien, Japan, Kanada und den USA.

Die Ausarbeitung (40 Seiten) unter http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/erbschaftund_vermoegensteuer.pdf

16. EU-Veröffentlichungen

EU-Veröffentlichungen können jetzt kostenlos heruntergeladen werden. Über 110 000 EU-Veröffentlichungen mit insgesamt 12 Millionen Seiten sind in der digitalen Bibliothek des EU Bookshops abrufbar. Dieser neue Dienst bietet Zugriff auf alle Titel, die seit 1952 vom Amt für Veröffentlichungen herausgegeben wurden. Beim EU Bookshop können auch gedruckte Kopien bestellt werden.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1529&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der book shop unter

http://www.bookshop.europa.eu/eubookshop/index.action?request_locale=DE

Amt für Veröffentlichungen unter http://publications.europa.eu/index_de.htm